



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw, Rene Dierkes, Florian Köhler, Ramona Storm** und **Fraktion (AfD)**

Grüne und Linksextremisten zerstören das Bezahlkarten-System – „Brot, Bett und Seife“ statt Bargeld!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- dafür Sorge zu tragen, dass statt der Ausgabe von Bezahlkarten an Asylbewerber grundsätzlich auf Sachleistungen zurückgegriffen wird. Ziel ist es, den Missbrauch der Bezahlkarte und damit verbundene Umgehungsstrategien zu vermeiden. Die Ausgabe von Sachleistungen soll sicherstellen, dass staatliche Unterstützung gezielt für den täglichen Bedarf eingesetzt wird und der Zugang zu Bargeld auf ein Minimum beschränkt bleibt.
- sich bis zur Einführung der Sachleistungen auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass das bandenmäßige Tauschen von Bezahlkarten gegen Bargeld durch links-extreme Gruppen, die Grünen in Regensburg und die Münchner Initiative „Offen!“, bundesweit als Straftat verfolgt wird.
- sich bis zur Einführung der Sachleistungen dafür einzusetzen, dass der Missbrauch von Bezahlkarten zur Umgehung von Bargeldbeschränkungen durch den Kauf von Gutscheinen bei verschiedenen Einzelhändlern unterbunden wird.

Begründung:

Der Missbrauch der Bezahlkarten und die Umgehung der Bargeldbeschränkungen erfolgen tausendfach. Jüngste Berichte und Interviews zeigen, wie Asylbewerber durch Gutscheinkäufe bei Einzelhändlern und den anschließenden Tausch der Gutscheine gegen Bargeld an Tauschstellen faktisch und systematisch das Bargeldlimit umgehen. Die Aktion „solidarischer Kartentausch“, unterstützt von verschiedenen weiteren links-extremen Initiativen, zeigt, dass die Bezahlkartenregelung an vielen Stellen bandenmäßig umgangen wird.

Gleichzeitig wurde bekannt, dass die Grünen in Regensburg Bargeld direkt an Asylbewerber ausgeben, was nicht im Einklang mit den Vorgaben der bayerischen Asylpolitik steht. Dies untergräbt die staatlich geregelte Bargeldbeschränkung und gefährdet die Akzeptanz des Systems.

Durch eine Rückkehr zu Sachleistungen wird sichergestellt, dass die Unterstützung zielgerichtet verwendet wird und der Zugang zu Bargeld wirksam eingeschränkt bleibt. Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um eine einheitliche und gerechte Umsetzung der Asyl- und Sozialpolitik sicherzustellen und damit den Freistaat auch von der Bürokratie der Bezahlkarte zu entlasten.